



Rückblick auf die Workshopreihe „Erfahrungsaustausch kommunale Wärmeplanung“

Von November 2024 bis Februar 2025 organisierte das Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg vier regionale Workshops zur kommunalen Wärmeplanung. Ziel war es, den Austausch auf Ebene der Kommunen zu fördern und dazu Versorgungsunternehmen, Wohnungswirtschaft und Kommunalverwaltungen zusammenzubringen. Die Veranstaltungen fanden in Prenzlau, Neuruppin, Cottbus und Brandenburg an der Havel statt.

Der Austausch und die Erfahrungen aus den Workshops zeigen: Brandenburgs Kommunen sind auf einem guten Weg, ihre Wärmeversorgung nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten. Das Land Brandenburg hat als eines der ersten Bundesländer das Erstattungsverfahren für die entstehenden Planungskosten geregelt und bietet den Kommunen damit Planungssicherheit.

Erfahrungen aus der Praxis der kommunalen Wärmeplanung

Die teilnehmenden Kommunen und Akteure berichteten von ihren unterschiedlichen Erfahrungen in der Wärmeplanung: Oranienburg und Templin haben ihre Wärmeplanung bereits abgeschlossen, während andere noch am Anfang stehen oder die Planung gerade ausschreiben. Auch die Herangehensweisen bei der Datenerhebung und der Verknüpfung mit der Transformationsplanung der (kommunalen) Unternehmen variieren. Die teilnehmenden Kommunen beauftragten alle externe Ingenieurbüros mit der Erarbeitung der Planungen.

Die Einbindung der verschiedenen Akteure vor Ort wurde als ausschlaggebend für eine umfassende und effektive Planung hervorgehoben. Kommunen ohne eigene Versorger stehen vor besonderen Herausforderungen: Überregionale Energieversorger lassen sich bisher selten in die Planung aktiv einbinden. Abgesehen von wenigen Ausnahmen – in denen sich einzelne Wohnungsunternehmen oder -genossenschaften mehr Mitwirkung wünschten – funktioniert die Kooperation zwischen Stadtverwaltungen, Wohnungswirtschaft und Stadtwerken gut. Besonders erfolgreich sind Planungsprozesse, wenn entweder Stadtverwaltung und Stadtwerke oder Stadtwerke und das kommunale Wohnungsunternehmen (als oft größte Wärme-Abnehmer) eng kooperieren.

Einigkeit herrschte darüber, dass die Einführung der kommunalen Wärmeplanung (KWP) als verbindliches Instrument entscheidend ist, um die Wärmewende auf kommunaler Ebene voranzutreiben. Kritisch gesehen wurde jedoch der bürokratische Aufwand, der mit der Erstellung und Umsetzung der KWP verbunden ist. Viele Kommunen empfinden die "Flughöhe" als zu allgemein und wenig praxisnah. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die KWP nur dann erfolgreich sein kann, wenn alle relevanten Akteure aktiv eingebunden werden. Ein enger Austausch und die gute Zusammenarbeit sind entscheidend, damit die Planung nicht nur auf dem Papier existiert, sondern auch umgesetzt wird.

Ein weiteres, häufig genanntes Thema war die Kommunikation mit der Bürgerschaft: Auch hier gehen die Kommunen unterschiedliche Wege. Einige Städte berichteten von guten Erfahrungen mit Bürgerveranstaltungen, bei denen "verbrauchernahe Dienstleister", die die technische Sprache der planenden Ingenieure praxisnah und verständlich vermittelten. Einige Kommunen planen, die kommunale Wärmeplanung über Open Data Portale öffentlich zugänglich zu machen.

Eine große Herausforderung bleibt die dezentrale Wärmeversorgung in Ortsteilen, die nicht an ein Fernwärmenetz angeschlossen sind und nicht wirtschaftlich angeschlossen werden können. Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen hier dezentrale Nahwärmenetze eine Lösung sein können, steht erst am Anfang der Diskussionen.

Wohnungs- und Versorgungsunternehmen waren sich weitgehend einig, dass der Erfolg der CO₂-Reduzierung künftig von der Art der Energieerzeugung abhängt – und nur noch im geringen Maße von einer weiteren Effizienzsteigerung in Gebäuden, sofern diese nach 1990 saniert wurden. Angesichts der hohen Kosten der Transformation, der langen Planungs- und Bauprozesse sowie des Fachkräftemangels zweifeln jedoch viele an der Erreichbarkeit der Klimaneutralität bis 2045.

Technische Lösungen für die Dekarbonisierung der Wärmenetze

Die technischen Ansätze zur Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung, d.h. für die Umstellung der fossil erzeugten Fernwärme auf erneuerbare Energien, sind so vielfältig wie die lokalen Gegebenheiten.

Einige Städte können hier die "unvermeidbare Abwärme" von Industriebetrieben nutzen, was jedoch eine Abhängigkeit vom Fortbestand der Unternehmen schafft. Andere Kommunen setzen auf die Abwärme von Müllverbrennungsanlagen oder Klärwerken. Auch die Nutzung von Fluss- oder Seewärme wird in einigen Orten geprüft, wobei naturschutzrechtliche Fragen zur Wasserentnahme und -rückführung geklärt werden müssen.

Geothermie gilt derzeit vielerorts als bevorzugte Lösung, wenn Abwärmequellen fehlen. Die Ausgangslage für eine derartige Wärmeversorgung variiert in Abhängigkeit von der örtlichen Situation naturgemäß stark. Städte mit geologisch günstigen Voraussetzungen haben bei der Nutzung der Tiefen-Geothermie einen Vorteil. Mehrere Kommunen profitieren von sehr guten Bohrdaten aus DDR-Zeiten, die sie für Potenzialanalysen nutzen.

Schlussfolgerungen

Die politische Unterstützung und die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung sind entscheidend, um die kommunale Wärmeplanung langfristig erfolgreich umzusetzen.

Viele Akteure beklagen die fehlende langfristige Planungssicherheit. Unsichere bundespolitische Vorgaben und finanzielle Unterstützungen erschweren langfristige, zukunftsorientierte Investitionen und die Umsetzung konkreter Maßnahmen. Dies betrifft sowohl die Kommunen selbst als auch die Versorgungs- und Wohnungsunternehmen, die auf verlässliche politische Rahmenbedingungen angewiesen sind, um die Planung und Umsetzung aller Maßnahmen bis 2045 anzugehen.

Künftig muss die Netzplanung noch stärker integriert erfolgen.

Dazu gehört auch die Berücksichtigung der Stromnetze, deren Ausbau mittelfristig unverzichtbar ist – etwa in "Einzel-Wärmepumpengebieten" oder Bereichen mit überwiegend dezentraler Wärmeversorgung. Ebenso sollten Straßenbauprojekte (Umgestaltung oder Sanierung von Verkehrsflächen) frühzeitig in die KWP einfließen, etwa bei der zeitlichen Planung des Netzausbaus, um Verzögerungen oder Mehrkosten zu vermeiden.

Auch bei größerer Skepsis sollte die Kommune die Wärmeplanung durchführen. Nur so erhält sie verlässliche Daten zur Ausgangslage, zu Potenzialen und möglichen Szenarien, die sich allein schwer ermitteln lassen. Mit finanzieller Unterstützung von Bund und Land kann sie wertvolles Wissen aufbauen, das in vielen Diskussionen nützlich ist. Diese Chance gilt es zu nutzen.